Unirep Jura

Günther Hönn

Examens-Repetitorium Wettbewerbs- und Kartellrecht

3. Auflage

C.F. Müller

Jura auf den Punkt gebracht

UNIREP JURA

Herausgegeben von Prof. Dr. Mathias Habersack

Examens-Repetitorium Wettbewerbs- und Kartellrecht

von

Dr. Günther Hönn
Universitätsprofessor Saarbrücken

3., neu bearbeitete Auflage

C.F. Müller

Günther Hönn, Jahrgang 1939, Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., Wien und Frankfurt/M., 1. Juristische Staatsprüfung in Frankfurt/M, Assessorexamen 1968 in Wiesbaden, Promotion 1969 Frankfurt/M., war zunächst 1969 bis 1973 im Unilever-Konzern als Firmenjurist der Lever-Sunlicht GmbH im Hamburg vor allem auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts tätig. Er habilitierte sich an der Universität Mainz 1980. Von 1981 bis 1984 war er Professor an der Freien Universität Berlin, ehe er 1984 einem Ruf an die Universität des Saarlandes in Saarbrücken folgte. 1991 war er dort Vizepräsident für Lehre und Studium und in den Jahren 1992 bis 2000 Präsident der Universität, ehe er im letztgenannten Jahr auf seinen Lehrstuhl zurückkehrte. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Jahr 2004 betätigt er sich weiterhin in der Forschung und bis 2014 in der Lehre.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Die Anwendbarkeit des Art. 86 EWG-Vertrag von Kartellen und vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, Diss. Frankfurt 1969; Kompensation gestörter Vertragsfreiheit. Ein Beitrag zum inneren System des Vertragsrechts, 1980; Kommentierung § 826 BGB in Soergel, BGB, 13. Auflage 2005; Kommentierung §§ 662–675 BGB in juris-Praxiskommentar, 7. Auflage 2014; Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht, 6. Auflage 2013.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8114-3875-0

E-Mail: kundenservice@hjr-verlag.de
Telefon: +49 6221/489-555
Telefax: +49 6221/489-410

© 2014 C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH
Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg

www.cfmueller-campus.de
www.cfmueller.de

Hinweis des Verlages zum Urheberrecht und Digitalen Rechtemanagement (DRM)

Der Verlag räumt Ihnen mit dem Kauf des ebooks das Recht ein, die Inhalte im Rahmen des geltenden Urheberrechts zu nutzen. Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Der Verlag schützt seine ebooks vor Missbrauch des Urheberrechts durch ein digitales Rechtemanagement. Bei Kauf im Webshop des Verlages werden die ebooks mit einem nicht sichtbaren digitalen Wasserzeichen individuell pro Nutzer signiert. Bei Kauf in anderen ebook-Webshops erfolgt die Signatur durch die Shopbetreiber. Angaben zu diesem DRM finden Sie auf den Seiten der jeweiligen Anbieter.

Vorwort

Wettbewerbs- und Kartellrecht sind hochaktuelle Rechtsmaterien, deren Erarbeitung wegen der Komplexität von ökonomischen Grundlagen und internationalen Bezügen erhebliche Ansprüche an die Studierenden stellt. Eine permanente Veränderung der Gesetzesvorschriften und eine umfangreiche Judikatur haben das Schrifttum weitgehend segmentiert und teilweise massiv aufgebläht. Umso wichtiger ist das Verständnis der Zusammenhänge als Basis erfolgversprechender Normanwendung unter Verzicht auf unnötige Segmentierung des Rechtsstoffes. Dem dient auch die hier versuchte und durch die Funktionsbezogenheit auf den Wettbewerb gerechtfertigte gemeinsame Darstellung von Lauterkeitsrecht einerseits und Recht gegen Wettbewerbsbeschränkung andererseits. Vor diesem Hintergrund bietet das vorliegende Buch auf beschränktem Raum Orientierungswissen zur Vorbereitung auf die Prüfung im einschlägigen Schwerpunktbereich, ohne auf wissenschaftliche Tiefe zu verzichten. Eine eingehende Auseinandersetzung mit speziellen Problemen wird dabei nicht angestrebt; sie hat Orientierungswissen freilich gerade zur Voraussetzung.

Das Examens-Repetitorium ist nicht als Einführung in die Rechtsmaterie gedacht, sondern setzt die Lektüre eines einführenden Lehrbuchs bzw. den Besuch einer entsprechenden Lehrveranstaltung voraus und fühlt sich auch im Übrigen der Konzeption der Reihe **Unirep Jura** verpflichtet. Der Lernstoff wird durch etwa 30 Fallbeispiele greifbar dargestellt. Da gerade im Wettbewerbs- und Kartellrecht zudem eine besonders große Anzahl von kurzen Beispielen erforderlich ist, um Begriffe oder Situationen zu veranschaulichen und die Rechtsmaterie lebendig zu machen, wird an dieser Stelle auf eine breitere Darstellung in der Art einer Fallbesprechung verzichtet. Der Leser sei insoweit auf meinen Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht (6. Auflage 2013) verwiesen, in dem 15 Fälle (mit Musterlösungen) einen praxisorientierten Einblick in Fragestellungen und Lösungswege geben. Dem gegenüber bieten die hier etwa 30 kurz geschilderten Fallbeispiele sowie die vielen weiteren skizzierten Beispiele allemal einen für Studienzwecke angemessenen Überblick über den Stand der Judikatur, naturgemäß unter bewusstem Verzicht auf kommentarartige Vollständigkeit. Aufgenommen in die Darstellung wurden darüber hinaus Hinweise aus der Tagespresse mit aktuellem Bezug.

Die 3. Auflage bringt das Examens-Repetitorium auf den Stand von 2014. Gegenüber der Vorauflage von 2009 waren hinsichtlich des europäischen Rechts die Änderungen durch die **Lissabonner Verträge** zu berücksichtigen; auf der nationalen Ebene ging es vor allem um die **8. Kartellnovelle von 2013**, durch die das nationale Verbot des Missbrauchs von Marktmacht übersichtlicher formuliert und die nationale an die europäischen Fusionskontrolle weiter angeglichen wurden. Inhaltlich wurden darüber hinaus wegen der steigenden praktischen Bedeutung **Aspekte des Vergaberechts und der Beihilfen** verstärkt angesprochen. Darüber hinaus wurden weitere aktuelle Entwicklungen aufgegriffen, und es wurde natürlich versucht, Mängel der Vorauflage zu beseitigen.

Konzeptionell ist das Repetitorium in der Neuauflage unverändert. Der 1. Teil (Grundlagen) des Buches mit seinen Ausführungen zu „Markt und Wirtschaftsordnung“ und „Der Schutz des Wettbewerbs“ soll das Verständnis der Zusammenhänge erleichtern. Dabei geht es einmal um grundlegende Vorstellungen über den Gegenstandsbereich des Wettbewerbs- und Kartellrechts, die, wie der Verfasser noch aus seiner eigenen Studienzeit zu wissen glaubt, dem Studenten nicht ohne Weiteres geläufig sind, ohne die aber die Sinnzusammenhänge und Wertungsgrundlagen der gesamten Rechtsmaterie dem Verständnis verschlossen bleiben; es versteht sich von selbst, dass damit kein Anspruch auf Darstellung des Standes der ökonomischen Forschung erhoben wird. Darüber hinaus sollen die Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs, seine Gefährdung und die Strukturen beim Zusammenspiel von Privatrecht und öffentlichem Recht sowie von nationalem und europäischem Recht vergegenwärtigt werden. Entgegen einer neuerdings in der europäischen Entwicklung zu beobachtenden Tendenz in Richtung Verbraucherschutz des Lauterkeitsrechts, aber entsprechend der langjährigen Entwicklung in Deutschland, wird, wie bereits erwähnt, das Lauterkeitsrecht dabei zugleich als Bestandteil des gesetzlichen Schutzes des Wettbewerbs verstanden. – Die Teile 2 bis 5 erörtern die eigentliche Rechtsmaterie. Der abschließende Teil 6 enthält Verständnis- und Kontrollfragen mit skizzierten Antworten und bietet sich für die Überprüfung des Erfolgs der Lektüre des Buches an.

Für Rückmeldungen ist der Verfasser dankbar: g.hoenn@mx.uni-saarland.de

Ich wünsche allen Lesern Erfolg bei der Arbeit.

Saarbrücken, im Juli 2014 *Günther Hönn*

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
Vorwort		V
Abkürzungen		XXI
Literatur (Auszug)		XXII
Wichtige europäische Texte		XXIII
Wichtige Bekanntmachungen des BKartA		XXV
Materialien zum deutschen Wettbewerbs- und Kartellrecht		XXVI
Elektronische Fundstellen für Rechtstexte und Entscheidungen		XXVI
Textausgaben		XXVI

Erster Teil
Grundlagen

§ 1 Markt und Wirtschaftsordnung	1	1
I. Markt und Marktwirtschaft	1	1
1. Markt als Regelkreis	1	1
2. Allgemeine Rechtsordnung als Rahmen	5	2
a) Institutioneller Rahmen	5	3
b) Privatautonomie	6	3
3. Zusammenfassung	10	4
II. Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsrecht	12	5
1. Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik	12	5
2. Rechtsrahmen	17	6
a) Grundgesetz	17	6
b) Europarecht	22	7
c) Internationale Abkommen	25	8
d) Herausforderungen der Globalisierung	26	8
3. Zum Begriff des Wirtschaftsrechts	27	8
a) Staatszentrierter Begriff des Wirtschaftsrechts	28	9
b) Wirtschaftsrecht als Marktrecht und Deregulierungstendenzen	29	9
c) Marktbezogene Regelungen außerhalb des Wettbewerbsrechts	33	10
4. Begriff der Wirtschaftsverfassung	37	11
§ 2 Der Schutz des Wettbewerbs	40	13
I. Wettbewerb	40	13
1. Wettbewerb als Rivalität zwischen den Wirtschaftssubjekten	40	13
2. Sog. Marktformen	41	13

3. Wettbewerbstheorien und -leitbilder ... 42 13
a) Überblick ... 42 13
b) „more economic approach" ... 43 14
4. Wettbewerbsfunktionen ... 46 15
5. Wettbewerb als Entdeckungsverfahren ... 48 16
II. Beeinträchtigung des Wettbewerbs ... 49 16
1. Durch staatliche Maßnahmen ... 50 16
a) Vergabe öffentlicher Aufträge ... 51 16
b) Verbotene Beihilfen ... 52 17
2. Durch die Wirtschaftssubjekte ... 53 17
a) Horizontale oder vertikale Verhaltensabstimmung ... 54 17
b) Missbrauch von Marktmacht ... 57 18
c) Unternehmenszusammenschlüsse ... 58 19
d) Unlauterer Wettbewerb ... 60 19
4. Zusammenfassende Übersicht ... 61 20
III. Schutz des Wettbewerbs zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht ... 62 21
1. Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs ... 62 21
a) Entwicklung ... 62 21
b) Skizzen ... 63 21
aa) Verträge zwischen Unternehmen am Markt mit Wettbewerb ... 63 21
bb) Schutz des Wettbewerbs ... 63 21
2. Privatrechtlicher Lauterkeitsschutz ... 64 22
3. Kartellrecht zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht ... 66 22
a) Öffentlich-rechtlicher Zwang ... 66 22
b) Neben privatrechtlicher Durchsetzung ... 67 23
c) Bei einheitlichem Zivilrechtsweg ... 68 23
d) Auch für Vergabesachen ... 69 24
4. Zusammenfassende Übersicht ... 70 24
IV. Schutz des Wettbewerbs zwischen nationalem und europäischem Recht ... 71 24
1. Internationalisierung und Europäisierung im Wirtschaftsrecht ... 71 24
2. Vorrang des europäischen Rechts ... 76 25
a) Kartellrecht ohne Zusammenschlusskontrolle ... 78 26
b) Zusammenschlusskontrolle ... 79 27
c) Lauterkeitsrecht ... 80 27
Fallbeispiel: Clinique ... 81 27
Exkurs: Herkunfts- und Bestimmungslandprinzip im Lauterkeitsrecht ... 83 28
d) Besondere Pflichtenbindung des Staates ... 84 29
3. Raum für nationales Recht ... 85 29
a) Kartellrecht ... 85 29
b) Zusammenschlusskontrolle ... 87 30
c) Lauterkeitsrecht ... 88 30

d) Gewerblicher Rechtsschutz 89 30
4. Anpassung der unterschiedlichen Rechtsvorschriften 90 31
5. Internationales Wettbewerbsrecht als Kollisionsrecht 91 31
a) Kartellrecht einschließlich Zusammenschlusskontrolle 92 31
b) Lauterkeitsrecht 93 32
6. Zusammenfassende Übersicht 94 32

Zweiter Teil
Lauterkeitsrecht

§ 3 Materielles Lauterkeitsrecht, insbesondere UWG 96 34

I. Überblick 96 34
1. Entwicklung 96 34
2. Gegenstandsbereich 98 35
3. Geltungsbereich 100 35
Fallbeispiel: Kauf im Ausland 101 36
4. Einwirkung europäischen Rechts 103 37
a) Richtlinien 103 37
b) Vorschriften über den Binnenmarkt 106 38
Fallbeispiel: Hünermund 108 39
c) Verbraucherleitbild und Liberalisierung des deutschen Lauterkeitsrechts 109 39
5. Zweck 110 40
6. Regelungsstruktur nach der 1. UWG-Novelle von 2008 . . . . . 111 40
7. Unternehmer- und Verbraucherbegriff 115 42
8. Anspruchsgrundlagen und Klagebefugnis 116 42
9. Zur Darstellung der Judikatur 117 43
10. Zusammenfassung 118 43
II. Allgemeiner Verbotstatbestand des § 3 UWG 119 44
1. Bedeutung des § 3 I UWG 119 44
a) Zentrale Verbotsnorm 119 44
b) Doppelfunktion 120 44
2. Tatbestand des § 3 I UWG 121 45
a) Geschäftliche Handlung 121 45
aa) Zentraler Handlungsbegriff 121 45
bb) Begriff 122 45
cc) Abgrenzungsproblematik 125 46
Fallbeispiel: Constanze 126 47
Fallbeispiel: Warentest 127 47
b) Unlauterkeit 128 48
aa) Begriff 128 48
bb) Konkretisierung durch Beispielskatalog 129 48
cc) Eigenständige Anwendung des § 3 I UWG 130 49
dd) Subjektive Voraussetzungen 132 49

c) Eignung zur Beeinträchtigung von Interessen von Mitbewerbern, Verbrauchern oder sonstigen Marktteilnehmern ... 133 50
Fallbeispiel: Werbeblocker ... 135 50
d) Spürbarkeit ... 136 51
e) Keine Regelung weiterer Rechtsfolgen ... 137 51
f) Kein Verbotsgesetz ... 138 51
3. § 4 UWG mit allgemeinen Beispielen der Unlauterkeit ... 139 51
a) Überblick ... 139 51
b) Unlautere Geschäftspraktiken gegenüber den Abnehmern ... 140 52
aa) Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit durch unangemessene unsachliche Einflussnahme nach § 4 Nr. 1 UWG ... 140 52
(1) Druck ... 142 53
(2) Menschenverachtung ... 143 53
(3) Überblick über typische Fallkonstellationen ... 144 53
bb) Schutz vor Ausnutzung bestimmter Schwächen gemäß § 4 Nr. 2 UWG ... 145 54
cc) Transparenzgebot und Unlauterkeit der Schleichwerbung nach § 4 Nr. 3-5 UWG ... 146 55
dd) Kaufzwang bei Preisausschreiben gemäß § 4 Nr. 6 UWG ... 147 55
c) Unlautere Geschäftshandlungen gegenüber Mitbewerbern ... 148 56
aa) Geschäftsehrverletzung und Schmähkritik ... 148 56
bb) Ergänzender Leistungsschutz ... 149 56
cc) Gezielte Behinderung von Mitbewerbern ... 151 57
Fallbeispiel: Direktansprache am Arbeitsplatz ... 153 58
d) Verstoß gegen bestimmte Rechtsvorschriften ... 154 59
4. Unlauterkeit irreführender geschäftlicher Handlungen gemäß §§ 5, 5a I UWG ... 157 60
a) Zusammenhang mit § 3 I UWG ... 157 60
b) Irreführung bei unwahren Angaben oder sonstigen zur Täuschung geeigneten Angaben ... 158 60
aa) Angaben ... 158 60
bb) Unwahrheit und Eignung zur Täuschung ... 159 61
cc) Katalog des § 5 I 2 Nr. 1-7 UWG ... 160 61
dd) Verwechslungsgefahr durch Marken ... 161 62
ee) Angaben bei vergleichender Werbung und konkludente Angaben ... 162 62
ff) Beweiserleichterungen bei Mondpreiswerbung ... 163 62
c) Irreführung durch Unterlassen ... 164 62
d) Normatives Leitbild des Adressaten ... 165 63
5. Unlauterkeit bei Werbevergleichen nach § 6 II UWG ... 166 63
a) Grundsätzliches ... 166 63
b) Entwicklung in Deutschland ... 167 64
c) Voraussetzungen und Grenzen ... 168 64

d) Vergleich gegenüber dem Verbraucher im Besonderen 169 65
e) Richtlinienkonforme Auslegung der Beispielstatbestände ... 170 65
6. Zusammenfassung 171 65
III. Verschärfung des allgemeinen Verbots des § 3 I UWG im Bereich Unternehmer/Verbraucher 172 66
1. Allgemeines 172 66
a) Eigenständige Verbotstatbestände 173 66
b) Verbraucherbezogene Unlauterkeit 174 66
2. Verbraucherbezogenes allgemeines Verbot § 3 II UWG 175 66
a) Geschäftliche Handlungen gegenüber Verbrauchern 175 66
b) Maßstab der fachlichen Sorgfalt des Unternehmers 178 68
c) und Eignung zur spürbaren Beeinträchtigung der Fähigkeit des Verbrauchers zur informationsbasierten Entscheidung und zur Veranlassung einer Fehlentscheidung 179 68
d) Verbraucherleitbild 180 68
3. Verbraucherbezogene Konkretisierung der Unlauterkeit als Ergänzung der allgemeinen Verbote 181 68
4. „Schwarze Liste" – Per se-Verbot verbraucherbezogener geschäftlicher Handlungen nach § 3 III UWG mit Anlage 182 69
IV. Verbot der unzumutbaren Belästigung von Marktteilnehmern nach § 7 I UWG 183 72
1. Allgemeines 183 72
2. Unzumutbare Belästigung nach den Beispielen des § 7 II Nr. 1, 2 und 4 UWG 187 73
3. Unzumutbare Belästigung durch den Einsatz automatischer Geräte nach § 7 II Nr. 3 UWG mit den Rückausnahmen nach § 7 III UWG 188 74
V. Wettbewerbsrechtliche Straftatbestände 189 75
1. Progressive Kundenwerbung 190 75
2. Geheimnisverrat 191 75
VI. Lauterkeitsrechtlich relevante Regelungen außerhalb des UWG ... 192 75
1. Rechtsvorschriften 191 75
a) Straftaten gegen den Wettbewerb nach den §§ 298-302 StGB 193 76
b) Gewerblicher Rechtsschutz 194 76
c) Sonstige Regelungen mit Rechtscharakter 195 76
aa) Produktbezogene Regelungen (Auszug) 196 76
bb) Medienbezogene Regelungen 197 77
cc) Berufsspezifische Regelungen 198 77
dd) EU-Richtlinien (Hinweis) 199 77
2. Regelungen ohne Rechtscharakter 200 77
a) Wettbewerbsregeln 200 77
b) Standesregeln 201 77
c) Soft Law 202 78
VII. Rechtsfolgen unlauteren Wettbewerbs (§§ 8-11 UWG) 203 78
1. Allgemeines 203 78

2. Anspruch auf Beseitigung und Unterlassung nach den §§ 8, 3-7 UWG ... 204 78
a) Beseitigungsanspruch ... 204 78
b) Unterlassungsanspruch ... 205 78
aa) Veränderung der Sachlage ... 206 79
bb) Veränderung der Rechtslage ... 207 79
Fallbeispiel: Einseitige Änderung von Versicherungsbedingungen ... 208 79
c) Haftung des Unternehmensinhabers für Mitarbeiter/Beauftragte und Problematik einer Störerhaftung bzw. einer wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflicht ... 209 80
Fallbeispiel: Jugendgefährdende Medien bei eBay ... 210 80
d) Aktivlegitimation ... 211 81
Fallbeispiel: Prüfzeichen ... 214 82
e) Missbräuchliche Geltendmachung von Ansprüchen ... 215 83
aa) Mehrfachverfolgung ... 215 83
bb) Unclean-hands oder Abwehreinwand ... 216 83
cc) Aufbrauchfrist ... 217 83
3. Schadenersatzanspruch nach den §§ 9, 3 oder 7 UWG ... 218 83
a) Subjektive Voraussetzungen ... 219 83
b) Geltendmachung der Ersatzansprüche ... 220 84
c) Inhalt der Ersatzansprüche ... 221 84
Fallbeispiel: Tchibo/Rolex ... 222 84
4. Gewinnabschöpfungsanspruch ... 223 85
5. Verjährung ... 224 85

§ 4 Verfahrensregeln des Lauterkeitsrechts ... 225 86

I. Allgemeines ... 225 86
1. Verfahren vor den Zivilgerichten und der Einigungsstelle ... 225 86
2. Informelles Vorverfahren ... 226 86
a) Abmahnung ... 227 86
b) Schutzschrift ... 229 87
II. Leistungs- und Feststellungsklage ... 230 88
1. Zuständigkeit ... 230 88
2. Klage und Anspruch ... 231 88
a) Leistungsklage ... 231 88
b) Feststellungsklage ... 232 89
c) Stufenklage ... 233 89
d) Auskunftsanspruch ... 234 89
e) Rechtsschutzinteresse ... 235 89
3. Beweisfragen ... 236 90
4. Instanzenzug ... 237 90
5. Vollstreckung ... 238 90
6. Änderung der Sach- oder Rechtslage nach Prozessbeginn ... 239 90
a) Einseitige Klageumstellung ... 240 91

b) Übereinstimmende Erledigungserklärung ... 241 91
c) Wegfall des Anspruchs nach Rechtskraft ... 242 91
d) Unterlassungsverpflichtung ... 243 92
7. Kosten ... 244 92
III. Einstweilige Verfügung ... 245 92
1. Bedeutung im wirtschaftlichen Wettbewerb ... 245 92
2. Voraussetzungen: Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund ... 246 93
3. Erlass der einstweiligen Verfügung ... 248 94
4. Rechtsbehelfe ... 249 94
a) Beschwerde oder Berufung bei Ablehnung des Antrags ... 249 94
b) Widerspruch oder Berufung bei Anordnung ... 250 94
5. Frist zur Klage ... 251 94
6. Vollziehung ... 252 95
7. Abschlussschreiben und Abschlusserklärung ... 253 95
8. Schadenersatz ... 254 96
9. Aufbrauchfrist ... 255 96

Dritter Teil
Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen (ohne Zusammenschlusskontrolle)

§ 5 Mehrseitige Wettbewerbsbeschränkungen ... 256 97

I. Art. 101 AEUV und §§ 1-3 GWB im Überblick und der Vorrang des europäischen Rechts ... 256 97
1. Verbotstatbestände im Überblick und Anwendungsbereich der Vorschriften ... 256 97
2. Vorrang des europäischen Rechts ... 257 98
3. Art. 101 AEUV als zentrale Norm ... 259 99
II. Verbotstatbestand, dargestellt primär an Art. 101 I AEUV ... 260 99
1. Verhaltensabstimmung zwischen Unternehmen ... 261 99
a) Unternehmen ... 261 100
Fallbeispiel: Eurocontrol ... 261 100
b) Verhaltensabstimmung ... 263 101
Fallbeispiel: Teerfarbenkartell ... 263 101
c) Empfehlungen als Verhaltensabstimmung ... 265 102
2. Auswirkungen auf den Wettbewerb auf dem europäischen bzw. nationalen Markt ... 266 103
a) Wettbewerbsbeschränkung ... 267 104
Fallbeispiel: Consten/Grundig ... 268 104
b) Relevanter Markt ... 269 105
c) Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung ... 270 106
d) Bündeltheorie ... 271 106
Fallbeispiel: Delimitis ... 271 106
3. Immanente Grenzen des Verbotes ... 272 107

4. Regelbeispiele in Art. 101 AEUV ... 273 108
5. Zu § 1 GWB ... 274 108
III. Zwischenstaatlichkeitsklausel ... 275 108
1. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels ... 275 109
2. Spürbarkeit der Handelsbeschränkung ... 277 109
3. Bündeltheorie bei vertikalen Vereinbarungen ... 278 110
IV. „Einzelfreistellung" nach Art. 101 III AEUV und § 2 I GWB ... 279 110
1. Voraussetzungen nach Art. 101 III AEUV ... 279 110
2. Freistellung gemäß § 2 I GWB ... 280 111
3. Bedeutung der Einzelfreistellung ... 281 111
Fallbeispiel: Citroen ... 281 111
V. Gruppenfreistellung ... 283 111
1. Bedeutung ... 283 111
a) Rechtsgrundlage für den Erlass der Gruppenfreistellungsverordnungen (GFVO) ... 283 112
b) Übersicht über die Gruppenfreistellungsverordnungen ... 284 112
2. Freistellung durch Gruppenfreistellungsverordnung am Beispiel der VO Nr. 330/2010 ... 285 112
a) Geltungsvoraussetzungen ... 285 112
b) Reichweite der Privilegierung und die Bedeutung von Kernbeschränkungen (= schwarze Klauseln) ... 286 113
aa) Kernbeschränkungen nach Art. 4 GFVO-Vertikalvereinbarungen Nr. 330/2010 ... 287 113
bb) Kernbeschränkungen in weiteren GFVOen ... 288 114
3. Problematik der dynamischen Verweisung in § 2 II GWB ... 289 114
VI. Regelbeispiele der europäischen Leitlinien ... 290 115
1. Bestimmte Vereinbarungen nach den Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit (LLH) ... 291 115
a) Analytischer Rahmen und Aufbau ... 292 115
b) Forschung und Entwicklung ... 293 116
c) Produktionsvereinbarungen (einschließlich Spezialisierungsvereinbarungen) ... 294 116
d) Einkaufsvereinbarungen ... 295 116
e) Vermarktungsvereinbarungen ... 296 117
f) Vereinbarungen über Normen ... 297 117
2. Vereinbarungen nach den Leitlinien für vertikale Beschränkungen (LLV) ... 298 117
a) Markenzwang ... 299 118
b) Alleinvertrieb ... 300 118
c) Kundenbeschränkungen ... 301 118
d) Selektiver Vertrieb ... 302 118
e) Franchising ... 303 119
f) Alleinbelieferung ... 304 119
g) Koppelungsbindungen ... 305 119
h) Beschränkungen für den Weiterverkaufspreis ... 306 119

VII. Anwendungsbereich und Auslegung des nationalen Kartellrechts .. 307 119
1. Anwendungsbereich 307 119
a) Allgemein 307 119
b) Mittelstandskartelle 308 120
c) Wettbewerbsregeln 309 120
d) Weitere Sonderregeln 310 120
2. Inhaltliche Anpassung an europäisches Recht 311 120
Fallbeispiel: Schaufensterplakat 311 120
3. Europafreundliche Anwendung 312 122
4. Relevanz der Zwischenstaatlichkeitsklausel 313 122
VIII. Rechtsfolgen im Überblick 314 122
IX. Überblick zu mehrseitigen Wettbewerbsbeschränkungen 315 123

§ 6 Missbrauch von Marktmacht 317 125

I. Art. 102 AEUV *(Art. 82 EGV)*, die §§ 18-21 GWB im Überblick und der Freiraum des nationalen Rechts 317 125
1. Funktion; Verbotstatbestände im Überblick 317 125
a) Funktion 317 125
b) Verbotstatbestände im Überblick 318 125
2. Vorrangige Anwendung des Art. 102 AEUV und der Freiraum des nationalen Gesetzgebers 319 126
a) Vorrangige Anwendung des Art. 102 AEUV 319 126
b) Freiraum des nationalen Gesetzgebers für strengere Regelungen bei einseitigen Handlungen gemäß Art. 3 II 2 EG-KartVerfVO 320 126
Fallbeispiel: Depotkosmetik 322 127
3. Folgerung für die weitere Darstellung 323 128
II. Art. 102 AEUV 324 128
1. Beherrschende Stellung auf dem Binnenmarkt oder einem wesentlichen Teil desselben 325 128
a) Relevanter Markt 325 128
b) Wesentlicher Teil 326 129
c) Beherrschende Stellung 327 130
Fallbeispiel: Chiquita-Bananen 328 130
2. Missbräuchliche Ausnutzung und Beispielskatalog des Art. 102 AEUV 330 131
Fallbeispiel: Fortsetzung Chiquita-Bananen 331 132
3. Zwischenstaatlichkeitsklausel 333 132
4. Überblick über die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 102 AEUV 334 133
5. Übersicht 335 133
III. Verbotenes Verhalten von marktbeherrschenden Unternehmen (§§ 18, 19 GWB) 336 133
1. Marktbeherrschung gemäß § 18 GWB 336 133

2. Beispielskatalog für Missbrauch ... 337 135
IV. Erweitertes Behinderungs- und Diskriminierungsverbot nach § 20 GWB *(§ 20 II-VI GWB a.F.)* ... 339 136
1. Unternehmen mit relativer Marktmacht, § 20 I GWB ... 340 136
Fallbeispiel: Rossignol ... 341 137
Fallbeispiel: Opel ... 343 138
2. Geschützte Unternehmen ... 346 139
3. Diskriminierung und Behinderung ... 347 139
4. Unbilligkeit und sachlich gerechtfertigter Grund ... 348 140
5. Missbrauch von Marktmacht im Horizontalverhältnis ... 349 140
V. §§ 21, 29 GWB ... 350 141
VI. Rechtsfolgen des Missbrauchs im Überblick ... 351 141
VII. Übersichten ... 352 142

§ 7 Rechtsfolgen, Akteure und Verfahren im Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen ... 354 144

I. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Kartellrecht ... 354 144
1. Nichtigkeit ... 354 144
Fallbeispiel: Tennishalle ... 355 145
Fallbeispiel: Südlotto ... 356 145
2. Zivilrechtliche Ansprüche ... 357 146
Fallbeispiel: „follow-on" ... 358 146
Fallbeispiel: ORWI-KG ... 359 147
3. Von der EU-Kommission verhängte Geldbußen und Zwangsgelder ... 361 149
a) Kumulative Bestrafung? ... 362 149
b) Kronzeugenregelung ... 363 149
c) Zwangsgeld ... 364 150
4. Bußgeld und Zwangsgeld nach GWB ... 365 150
5. Vorteilsabschöpfung gemäß § 34 GWB ... 366 151
6. Beweislast ... 367 151
II. Überblick über Akteure und Verfahren im Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen ... 368 151
III. Unternehmen ... 369 152
IV. Kartellbehörden ... 370 152
1. Europäische Ebene: Kommission ... 370 152
2. Deutschland ... 371 152
V. Europäische und nationale Gerichte in Kartellsachen ... 373 153
1. Europäische Gerichte ... 373 153
2. Deutsche Gerichte in Kartellsachen ... 374 154
a) Umfassende Zuständigkeit der Zivilgerichte ... 374 154
b) Kartellsenate ... 375 154
c) Anwendung europäischen Rechts durch die nationalen Gerichte ... 376 155
d) Kooperation mit der Kommission ... 377 155

VI. Entscheidungen, Maßnahmen und Befugnisse der europäischen Kommission ... 378 155
1. Entscheidungen und Maßnahmen ... 378 155
a) Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen nach Art. 7 EG-KartVerfVO ... 378 155
b) Sanktionen ... 379 156
c) Einstweilige Maßnahmen nach Art. 8 EG-KartVerfVO ... 380 156
d) Entgegennahme von Verpflichtungszusagen ... 381 156
Fallbeispiel: Deutsche Bundesliga ... 381 157
e) Feststellung der Nichtanwendbarkeit ... 382 157
f) Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen ... 383 157
g) Beratungsschreiben ... 384 158
2. Befugnisse ... 385 158
a) Ermittlungsbefugnisse ... 385 158
b) Auskunftsverlangen ... 386 158
c) Nachprüfungsbefugnisse ... 387 158
d) Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten ... 388 159
e) Zusammenarbeit mit nationalen Behörden ... 389 159
3. Verfahrensgrundsätze und Anfechtungsmöglichkeiten ... 390 159
VII. Entscheidungen, Maßnahmen und Befugnisse der deutschen Kartellbehörden ... 391 159
1. Kompetenz zur Anwendung europäischen Rechts ... 391 159
2. Entscheidungen und Maßnahmen ... 392 159
3. Verwaltungsverfahren nach dem GWB ... 393 160
4. Kooperation und Abstimmung ... 394 160
a) Mit der Europäischen Kommission ... 394 160
b) Mit nationalen Kartellbehörden anderer Länder ... 395 161
c) Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden ... 396 161
VIII. Übersichten ... 397 161

Vierter Teil
Unternehmenszusammenschlüsse

§ 8 Fusionskontrolle im europäischen Recht ... 400 163

I. Europarechtlicher Regelungsbereich im Überblick ... 401 163
1. Rechtsgrundlagen ... 401 163
Fallbeispiele: Continental Can und *Philipp Morris* ... 402 164
2. Abgrenzung zum nationalen Regelungsbereich ... 403 164
II. Zusammenschluss von gemeinschaftsweiter Bedeutung als Aufgreiftatbestand ... 404 165
1. Aufgreiftatbestand: Anmeldepflicht und Vollzugsverbot ... 404 165
2. Unternehmen ... 405 165
3. Zusammenschluss ... 406 165
a) Zusammenschlusstatbestand ... 407 165

b) Formen des Zusammenschlusses ... 408 166
aa) Horizontale Zusammenschlüsse ... 409 166
bb) Vertikale Zusammenschlüsse ... 410 166
cc) Konglomerate Zusammenschlüsse ... 411 166
c) Gemeinschaftsunternehmen ... 412 167
4. Gemeinschaftsweite Bedeutung qua Umsatzziffer ... 413 167
a) Umsatzziffern ... 413 167
b) Umsatzberechnung ... 414 168
III. Materielles Verbot (Eingreiftatbestand) ... 415 168
1. Kriterien ... 415 168
2. Konkreter Verbotstatbestand des Art. 2 III EG-FKVO ... 416 168
a) Verbotskriterien ... 417 168
b) Problematik konglomerater Zusammenschlusstatbestände ... 418 169
Fallbeispiel: Tetra Laval/Sidel ... 418 169
c) Oligopolwirkungen ... 419 170
3. Problematik von Gemeinschaftsunternehmen ... 420 170
4. Auswirkungsprinzip ... 421 171
IV. Verfahrensfragen ... 422 171
1. Alleinige Zuständigkeit der Kommission ... 422 171
2. Verfahren ... 423 171
3. Verweisungen zwischen europäischer und nationaler Ebene ... 425 172
a) Verweisung an die nationalen Kartellbehörden ... 425 172
b) Verweisung an die Kommission ... 426 173
V. Übersicht ... 427 174

§ 9 Fusionskontrolle nach deutschem Recht ... 428 175

I. Geltungsbereich in Abgrenzung zum europäischen Recht ... 428 175
1. Abgrenzung zum europäischen Recht ... 428 175
2. Eigenständiger Anwendungsbereich qua Umsatzziffern ... 429 175
II. Unternehmenszusammenschluss als Aufgreiftatbestand nach deutschem Recht ... 430 175
1. Aufgreiftatbestand: Anmeldepflicht und Vollzugsverbot ... 430 175
2. Unternehmen ... 431 176
3. Zusammenschlusstatbestand ... 432 176
a) Vermögenserwerb ... 433 176
b) Kontrollerwerb ... 434 177
c) Anteilserwerb ... 435 177
d) Verbindungen mit wettbewerblich erheblichem Einfluss ... 437 178
e) Ausnahme: Emissionskonsortien ... 438 179
4. Umsatzerlöse des § 35 I GWB und ihre Berechnung ... 439 179
Fallbeispiel: Springer/ProSiebenSat.1 ... 440 179
5. Einschränkungen ... 441 180
a) § 35 II 1 GWB: Anschlussklausel ... 441 180
b) § 35 II 2 GWB: Zusammenschlüsse im Rahmen einer kommunalen Gebietsreform ... 442 180

III. Verbot des Zusammenschlusses
(Eingreiftatbestand des § 36 GWB) 443 180
1. Anpassung an Art. 2 III EG-FKVO: erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs 443 180
2. Marktbeherrschende Stellung 444 181
Fallbeispiel: Deutsche Bahn/KVS Saarlouis 445 182
3. Nachweis und Prognose 446 182
a) Horizontale Zusammenschlüsse 446 182
b) Vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse 447 182
Fallbeispiel: Springer/Pro SiebenSat. 1
Fortsetzung zu Rn. 440 ..... 448 183
4. Rechtfertigung des Zusammenschlusses 449 183
a) Überwiegende Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen (§ 36 I 2 Nr. 1 GWB n.F.) 449 183
b) Bagatellmarkt (§ 36 I 2 Nr. 2 GWB n.F.) 450 184
aa) Bündeltheorie 450 184
Fallbeispiel: Deutsche Bahn/KVS Saarlouis
Fortsetzung zu Rn. 445 ..... 450 184
bb) Aber keine Berücksichtigung der Auslandsumsätze. 451 185
Fallbeispiel: duPont/Pedex 451 185
5. Praktische Lösung von Zusammenschlussproblemen 452 186
6. Auswirkungsprinzip des § 130 II GWB 453 186
IV. Verfahrensfragen 454 187
1. Zuständige Behörde: BKartA 454 187
2. Anmeldeerfordernis, Prüfverfahren und Freigabe 455 187
3. Vollzugsverbot und eventuelle Entflechtung 456 187
4. Rechtsmittel 457 188
5. Ministererlaubnis 458 188
6. Verweisungen im Verhältnis zur Kommission 459 188
V. Übersicht 460 189

Fünfter Teil
Vergaberecht und Recht der Beihilfen

§ 10 Vergaberecht 461 190

I. Bedeutung des Vergaberechts 461 190
1. Umfang des öffentlichen Auftragswesens 461 190
2. Haushaltsrecht und Kartell-Vergaberecht 462 190
II. Rechtliche Struktur des Kartell-Vergaberechts 464 191
1. Europäisches Primär- und Sekundärrecht 464 191
2. Nationales Kartell-Vergaberecht 466 192
III. Anwendungsbereich der Vergabeverfahren 467 193
1. Öffentliche Auftraggeber und öffentliche Aufträge 467 193
2. Schwellenwerte, Teillose und Fachlose 468 194

3. Einschränkung des Vergaberechts ... 469 194
Fallbesprechung: Landkreis G ... 469 195
IV. Vergabegrundsätze und Vergabekriterien ... 470 195
1. Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung (§ 97 I, II GWB) ... 470 195
2. Eignungskriterien: fachkundige, leistungsfähig, gesetzestreue und zuverlässige Unternehmen (§ 97 IV 1 GWB) ... 471 195
3. Zuschlagskriterium (§ 97 V GWB) ... 472 196
V. Arten der Vergabe und Ablauf des Vergabeverfahrens ... 473 197
1. Arten der Vergabe ... 473 197
2. Ablauf des Vergabeverfahrens bei offenem Verfahren ... 474 197
VI. Primärrechtsschutz des Bieters ... 476 198
1. Nachprüfungsverfahren ... 476 198
2. Bedeutung der Vergabekammern ... 477 199
VII. Sekundärrechtsschutz des Bieters ... 478 199
VIII. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte ... 479 199
IX. Übersicht ... 480 200

§ 11 Hinweis auf das Recht der Beihilfen ... 481 201

Fallbesprechung: Flughäfen Saarbrücken und Zweibrücken ... 482 201

Sechster Teil
Kenntnis- und Verständnisfragen

I. Zum Lauterkeitsrecht ... 203
II. Zum Kartellrecht ... 208
1. Europäisches Kartellrecht ... 208
2. Nationales Kartellrecht ... 210
III. Fusionskontrolle ... 212
1. Europäische Fusionskontrolle ... 212
2. Fusionskontrolle nach GWB ... 213
IV. Vergaberecht ... 215

Sachverzeichnis ... 217

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (bzw. der EG oder EWG)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 83/47 v. 30.3.2010; BGBl. II 2009, 1223)
Amtl. Begr. UWG	Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen Unlauteren Wettbewerb (BT-Drucks. 15/1487 vom 22.8.2003)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BKartA	Bundeskartellamt
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-FKVO	EG-Fusionskontrollverordnung Nr. 139/2004 des Rates vom 20.1.2004
EG-KartVerfVO	Kartellverfahrensverordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16.12.2002
EGV	*Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft von 1957* – aufgegangen in EUV und AEUV
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union (Lissabon- ABl. C/83/13 v. 30.3.2010) – Fassung von *Nizza ist überholt*
FS	Festschrift
GFVO	Gruppenfreistellungsverordnung der EG bzw. EU
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der 8. GWB-Novelle vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1738, 1750)
LLH	Leitlinien der Kommission über horizontale Zusammenarbeit
LLV	Leitlinien der Kommission für vertikale Beschränkungen
RegE UWG	Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb (BT-Drucks. 15/1487 vom 22.8.2003)
RegE 1. UWG-Novelle	Regierungsentwurf eines 1. Gesetzes zur Änderung des UWG (BT-Drucks. 16/10145)
RL	Richtlinie
RL 2005/29/EG	Richtlinie vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern
Slg.	Amtliche Sammlung von EuGH und EuG
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 3.7.2004 i.d.F. der 1. UWG-Novelle v. 22.12.2008 (BGBl. I S. 2949)
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WuW/E	Entscheidungssammlung der Zeitschrift Wirtschaft und Wettbewerb

Literatur (Auszug)

Bechtold	Kartellgesetz, Kommentar, 7. Aufl. 2013
Bechtold/Bosch/Brinker/ Hirsbrunner	EG-Kartellrecht, Kommentar, 2. Auf. 2009
Bunte	Kartellrecht, mit neuem Vergaberecht, 3. Aufl. 2014
Emmerich	Unlauterer Wettbewerb, 9. Aufl. 2012 (zit.: WettbR)
Emmerich	Kartellrecht, 12. Aufl. 2012 (zit.: KartellR)
Fritsche	Wettbewerbs- und Kartellrecht, 2013
Glöckner	Kartellrecht – Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen, 2012
Harte-Bavendamm/ Henning-Bodewig	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Kommentar, 3. Aufl. 2013
Hönn	Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht, 6. Aufl. 2013
Immenga/Mestmäcker (Hrsg.)	Wettbewerbsrecht, GWB und EU, 3 Bde. (4 Bücher), 5. Aufl. 2012/2013
Jänich	Lauterkeitsrecht, 2014
jurisPK-UWG	juris Praxiskommentar UWG, 3. Aufl. 2013
Karenfort/Weitbrecht	Entscheidungen zum Europäischen Kartellrecht, 2010
Köhler/Bornkamm	Wettbewerbsrecht, Kommentar, 32. Aufl. 2014
Ch. König/K. Schreiber	Europäisches Wettbewerbsrecht (mit Vergaberecht), 2010
Langen/Bunte	Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, 2 Bde., 12. Aufl. 2014
Lettl	Kartellrecht, 3. Aufl. 2013
Lettl	Wettbewerbsrecht, 2. Aufl. 2013
Mäger (Hrsg.)	Europäisches Kartellrecht, 2. Aufl. 2011
Mestmäcker/Schweitzer	Europäisches Wettbewerbsrecht, 3. Aufl. 2014
Müller-Wrede	GWB-Vergaberecht, 2009
Ohly/Sosnitza	UWG, Kommentar, 6. Aufl. 2014
Rittner/Dreher/Kulka	Wettbewerbs- und Kartellrecht, 8. Aufl. 2014
Säcker/Wolf	Kartellrecht in Fällen, 2. Aufl. 2014
Schwintowski	Wettbewerbs- und Kartellrecht (PdW), 5. Aufl. 2012
Schröter/Jakob/Klotz/ Mederer	Kommentar zum europäischen Wettbewerbsrecht, 2. Aufl. 2014
Schwarze/Weitbrecht	Grundzüge des europäischen Kartellverfahrensrechts. Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003, 2004

Weitere Literatur zur Vertiefung vor den einzelnen Paragraphen.

Wichtige europäische Texte

Die nachfolgenden Texte sind im Netz über *EUR-Lex* abrufbar!

Der jeweils aktuelle Stand ist im Netz überdies zusammengestellt bei *European Commission – Competition* unter *Antitrust – Legislation*

A. EU-Vertrag, Ratsverordnungen und Richtlinien

Vertrag von Lissabon	Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 13.12.2007, ABl. Nr. C Nr. 306 S. 1 v. 17.12.2007; in Kraft seit dem 1.12.2009
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Lissabonner Verträge, in Kraft seit 1.12.2009
EGV	*Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft vom 25.3.1957 in seiner durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung seit dem 1.12.2009 außer Kraft*
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung der Lissabonner Verträge, in Kraft seit 1.12.2009
EG-KartVerfVO Nr. 1/2003	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16.12.2002 zur Durchführung der in den Art. 81 und 82 EGV niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl. Nr. L 1 vom 4.1.2003, S. 1
VO Nr. 19/65/EWG des Rates	Vom 2.3.1965 über die Anwendung von Artikel 85 Abs. 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, ABl. 36 vom 6.3.1965, S. 533
VO (EWG) Nr. 2821/71 des Rates	Vom 20. 12. 1971 über die Anwendung von Artikel 85 Abs. 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, ABl. L 285/46 vom 29.12.1971
VO (EWG) Nr. 17/62 des Rates	*Vom 6.2.1962, Erste Durchführungsverordnung zu den Art. 85 und 86 EWG-Vertrag, ABl. 13 vom 21.2.1962, S. 204 – seit dem 1.5.2004 nicht mehr in Kraft*
EG-FKVO Nr. 139/2004	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20.1.2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. Nr. L 24 vom 29.1.2004, S. 1
RL 84/450/EWG	Richtlinie 84/450/EWG des Rates vom 10.9.1984 über irreführende und vergleichende Werbung, ABl. Nr. L 250 v. 19.9.1984, S. 17
RL 2005/29/EG	Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern, ABl. Nr. L 149 v. 11.6.2005, S. 22

B. Gruppenfreistellungsverordnungen und Bekanntmachungen der Kommission

I. Nicht sektorspezifische Regeln

1. Bekanntmachungen aller Art

Bekanntmachung 1997 zum relevanten Markt	Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft, ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5
de minimis-Bekanntmachung 2001	Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die den Wettbewerb gemäß Artikel 81 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft nicht spürbar beschränken (de minimis), ABl. C 368 vom 22.12.2001, S. 13
Leitlinien 2004 über den zwischenstaatlichen Handel	Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81, 82 EGV, ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81
Leitlinien 2004 zu Art. 81 III EGV	Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Abs. 3 EG-Vertrag, ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97
Leniency-Bekanntmachung 2006	Mitteilung der Kommission über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen (2006/C 289/11), ABl. C 298/11 vom 8.12.2006, S. 17
Mitteilung 2009 betreffend Prioritäten	Mitteilung der Kommission – Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Art. 82 des EG-Vertrages auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen, ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7

2. Vertikale Vereinbarungen

GFVO-Vertikalvereinbarungen Nr. 330/2010	Verordnung (EU) Nr. 330/2010 *(früher EG Nr. 2790/1999)* vom 20.4.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweise, ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 1
Leitlinien für vertikale Beschränkungen 2010	Leitlinien für vertikale Beschränkungen, ABl. C 130 vom 19.5.2010, S. 1 (zit. LLV)

3. Horizontale Kooperationsvereinbarungen

GFVO-Spezialisierungsvereinbarungen Nr. 1218/2010	Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 *(früher Nr. 2658/2000)* vom 14.12.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen, ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43
GFVO-FuE Nr. 1217/2010	Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 *(früher Nr. 2659/2000)* vom 14.12.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung, ABl. L 335 vom 8.12.2010, S. 36
Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit 2011	Leitlinien *(früher von 2001)* zur Anwendung von Artikel 101 AEUV auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit, ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1 (zit. LLH)

4. Lizenzvereinbarungen über Technologietransfer

GFVO Technologietransfer Nr. 316/2014	Verordnung (EU)Nr. 316/14 *(früher 772/2004)* vom 21.3.2014 zur Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen, ABl. L 93, vom 28.3.2014
Leitlinien Technologietransfer 2014	Leitlinien *(früher 2004)* zur Anwendung von Artikel 101 AEUV auf Technologietransfer-Vereinbarungen (2014 C 89/3), ABl. C 89 vom 28.3.2014, S. 3

II. Sektorspezifische Regeln

1. Versicherungssektor

GFVO-Versicherungssektor Nr. 267/2010	Verordnung (EU) 267/2010 *(früher Nr. 358/2003)* vom 24.3.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Versicherungssektor, ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 1

2. Kraftfahrzeugsektor

GFVO-Kfz-Sektor Nr. 461/2010	Verordnung (EU) Nr. 461/2010 *(früher1400/2002)* vom 27.5.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor, ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52
Leitlinien Kfz-Sektor 2010	Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kfz. und den Vertrieb von Kfz-Ersatzteilen (2010/C 138/05), ABl. C 138 vom 28.5.2010, S. 16

Wichtige Bekanntmachungen des BKartA

(jeweils abrufbar über BKartA)

Bagatellbekanntmachung vom 13.3.2007
Bonus-Regelung vom 7.3.2006
Bußgeld-Leitlinien vom 25.6.2013
Diverse Merkblätter, Mustertexte etc.
Tätigkeitsberichte